

22.08.2016 - 15:37 Uhr

## **HEV Schweiz: NEIN zur giftgrünen Verbotswirtschaft**

Zürich (ots) -

Der HEV Schweiz lancierte heute Montag, 22. August 2016 eine grosse "NEIN-Kampagne" zur Abstimmung der Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)", welche am 25. September 2016 vor dem Volk kommt. Diese Initiative will dafür sorgen, dass die wirtschaftliche Tätigkeit das Potenzial der natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigt. Klingt grundsätzlich vernünftig, doch die Umsetzung in die Praxis ist absolut unrealistisch und wirtschaftsfeindlich. Unser Ressourcenverbrauch müsste nämlich konkret um 2/3 gesenkt werden. Es bräuchte insbesondere rigorose Vorschriften aber auch massive Lenkungsabgaben. Der HEV Schweiz lehnt die Initiative entschieden ab.

Hauseigentümer investieren bereits freiwillig Milliarden

In der Schweiz wird rund ein Drittel der Gesamtenergie für das Wohnen benötigt. Das Wohnen ist somit einer der am stärksten betroffenen Lebensbereiche dieser Initiative. Dies, obwohl schon sehr viel gemacht wird. "Jährlich investieren Hauseigentümer freiwillig viele Milliarden in die Sanierung von Altbauten. Fenster werden ersetzt, Heizungen optimiert und alternative Energiesysteme installiert", wehrt sich NR Hans Egloff, Präsident HEV Schweiz, gegen einen Zwang. Hinzu kommt, dass heutige Neubauten um ein Vielfaches effizienter geworden sind und der technische Fortschritt weitergeht.

Extreme Auswirkungen für Hauseigentümer und Mieter

Bei einer Annahme der Initiative würden unzählige neue Steuern, Vorschriften und Verbote das Bauen und Wohnen massiv verteuern. Neu- und Umbauten sowie Gebäudesanierungen würden deutlich mehr kosten als heute. Auch alltägliche Dinge wie Warmwasser oder Heizen würden massiv teurer. Giftgrüne Konsequenzen, nicht nur bei den Steuern. Damit die rigorosen Ziele der Initiative erreicht werden, müssten der Quadratmeterverbrauch an Wohnfläche erheblich eingeschränkt und die Raumtemperaturen gesenkt werden. Unzählige neue Vorschriften und Verbote wären die Folge. Hinzu kommt der entsprechende Kontrollapparat.

Klares NEIN zur grünen Verbotswirtschaft

Auch für den Bundesrat und das Parlament ist die links-grüne Initiative nicht umsetzbar. Gesamtwirtschaftlich hätte sie einschneidende Auswirkungen auf Wohlstand und Arbeitsplätze. Umweltschutz ist wichtig. Damit aber die Ziele der Initiative umgesetzt werden könnten, müssten die Steuern massiv erhöht und eine grüne Verbotswirtschaft eingeführt werden. Aus Sicht des HEV Schweiz also ein klares NEIN für diese giftgrüne Initiative.

Eigene Kampagne des HEV Schweiz

Da die Initiative der Grünen insbesondere die Bereiche Wohnen und Bauen massiv betrifft, lancierte der HEV Schweiz am 22. August 2016 eine eigene Abstimmungskampagne auf nationaler Ebene. Zahlreiche eidgenössischen Parlamentarier und Parlamentarier unterstützen diese Kampagne, deren Sujet "NEIN zur giftgrünen Steuerschlange" an die Bevölkerung appelliert.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.grüne-verbotswirtschaft.ch](http://www.grüne-verbotswirtschaft.ch).

Kontakt:

HEV Schweiz

Ansgar Gmür, Direktor HEV Schweiz

Tel.: +41/44/254'90'20

Mobile: +41/79/642'28'82

E-Mail: [info@hev-schweiz.ch](mailto:info@hev-schweiz.ch)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000982/100791737> abgerufen werden.